

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichs-Post- und Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der 42. Kriegswoche.

Von 416 Verwaltungstellen sind Berichte für die Zeit vom 16. bis 22. Mai eingegangen, während 24 Orte damit im Rückstand blieben. Die Zahl der nicht berichtenden Orte, von denen die über- große Mehrheit schon viele Wochen keine Berichte eingekandt, hat sich um einige vermehrt, statt vermindert. Im Hinblick auf eine geregelte Berichterstattung ist das sehr zu bedauern. Die nicht berichtenden Orte sind folgende: Friedland, Greifswald, Neustrelitz, Lütz, Glogau, Fürstenberg, Werla, Gardelegen, Gotha, Göttingen, Koburg, Rudol- stadt, Langermünde, Schleswig, Müritzer, Koblenz, Crailsheim, Ebding, Vörrach, St. Georgen, Singen, Freising, Kulmbach, Lindau.

übersticht über die Zeit vom 16. bis zum 22. Mai 1915.

Bezirk	Bezugs- stellen	Mit- glieder- zahl zu Anfang der Woche	Mit- glieder- abgang	Davon zum Militär	Mit- glieder- zahl am Schlusse der Woche	Davon arbeits- los	In Pro- zent	Ausgaben für Unter- stützung
1. Bezirk	32	6971	101	50	6870	34	0,5	292
2. "	28	6377	96	61	6281	40	0,6	355
3. "	22	9003	103	57	8900	63	0,7	289
4. "	54	45124	811	581	44313	145	1,1	2025
5. "	76	34976	508	310	34378	176	0,5	941
6. "	43	39637	532	252	39105	158	0,4	929
7. "	38	28766	449	216	28317	94	0,3	766
8. "	27	13192	193	130	12999	72	0,5	353
9. "	48	22187	483	291	21704	165	0,7	2377
10. "	42	24858	923	141	23435	55	0,2	2030
11. "	1	58120	371	371	57449	663	1,1	2268

Zus. 416 | 289111 | 3965 | 2410 | 285146 | 4020 | 1,4 | 12925
* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

Die Mitgliederzahl der berichtenden Orte betrug zu Anfang der Berichtswache 287107. Durch Neuaufnahmen, Zureise, Uebertritt und zum Teil auch durch Wiederanmeldung vom Militär Entlassener sind im Laufe der Berichtswache 1914 hinzugekommen. Unserer Aufstellung liegen somit 289111 Mitglieder zugrunde. In der Berichtswache sind zusammen 3965 Mitglieder abgegangen, wodurch am Schlusse ein Mitgliederstand von 285146 vorhanden war. Ein Vergleich der Mitgliederzahlen zu Beginn und am Schlusse der Berichtszeit ergibt einen wirklichen Rückgang von 2051 Mitgliedern. Wenn man diesen Rückgang dem Gesamtabgang von 3965 Mitgliedern gegenüberstellt, so zeigt sich, daß ein Teil von den zum Heeresdienst Eingezogenen sowie der übrige Abgang, der durch Tod, Austritt zc. entstanden ist, durch den Zugang wieder gedeckt wird.

Die Zahl der zum Heeresdienst Einberufenen beträgt für die Berichtswache 2410. In sieben Bezirken ist die Einziehung zum Militär geringer gewesen als in der Vorwoche. Dagegen ist in vier Bezirken eine Zunahme von 237 zu verzeichnen, so daß der Rückgang der zum Militär Einberufenen 156 weniger beträgt als in der Vorwoche.

Die Arbeitslosigkeit weist wieder eine kleine Verringerung auf. Die Zahl der Arbeitslosen dieser Woche beträgt 4020, wogegen in der Vorwoche 4234 Arbeitslose vorhanden waren. Wenn der Rückgang der Arbeitslosen auch nur gering ist, hat doch bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamtmitgliederzahl das Prozentverhältnis sich um 0,1 Prozent vermindert. In der Vorwoche waren 1,5 vom Hundert vorhanden, in der Berichtswache betrug diese Verhältniszahl 1,4.

In den Bezirken ist im Vergleich mit der Vorwoche eine ganz geringe Veränderung im Prozentverhältnis zu beobachten. Der achte Bezirk weist als einziger eine prozentuale Zunahme von 0,1 Prozent auf, während der zweite, neunte und zehnte Bezirk eine Abnahme von je 0,1 Prozent, der elfte (Berlin) eine solche von 0,3 Prozent zu verzeichnen hat. Alle übrigen Bezirke haben keine prozentuale Veränderung.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Verwaltungsstellen haben		Zahl der zum Militär einberufenen Mitglieder	Zahl der Arbeitslosen	Arbeitslosigkeit in Prozent	Zugeworbenen und Neuaufgenommenen	Abgang
	berichtet	nicht berichtet					
1. August 1914	—	—	533814	13132	2,5	123701	—
1.-4. Vom 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143343	37766	73995	19,5	123701
5.-8. " 30. 8. = 26. 9.	354	68	15391	351904	50481	14,3	1625079
9.-18. " 27. 9. = 31. 10.	433	13	13468	348271	27737	7,9	1193669
14.-17. " 1. 11. = 26. 11.	433	13	9350	338472	16798	4,9	454173
18.-22. " 29. 11. = 2. 1. 15	30	11091	323565	12763	3,9	295060	
23.-26. " 3. 1. = 30. 1.	415	20	7117	316322	8818	2,8	153122
27.-30. " 31. 1. = 27. 2.	429	14	7818	312268	6581	2,1	106303
31.-34. " 28. 2. = 27. 3.	416	25	9018	308496	5200	1,7	75090
35. " 28. 3. = 3. 4.	416	24	2552	302384	4991	1,6	17255
36. " 4. 4. = 10. 4.	420	20	2429	296310	5026	1,9	20322
37. " 11. 4. = 17. 4.	425	16	2367	294583	4790	1,6	13618
38. " 18. 4. = 24. 4.	423	17	1796	293973	4776	1,6	14312
39. " 25. 4. = 1. 5.	420	20	2859	291528	4593	1,6	13215
40. " 2. 5. = 8. 5.	420	20	3073	288976	4364	1,5	12381
41. " 9. 5. = 15. 5.	419	21	2566	286958	4234	1,5	10857
42. " 16. 5. = 22. 5.	416	24	2410	285146	4020	1,4	12925

Der Kriegshilfsfonds des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Bald nach Kriegsausbruch mußte eine Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Verbandsmitglieder ins Auge gefaßt werden. Der Vorstand unseres Verbandes war vor die Frage gestellt, eine Gewährung von Unterstützungen aus Mitteln des Verbandes einzuführen oder eine Hilfsfähigkeit auf Grund freiwilliger Beiträge der Mitglieder ins Werk zu setzen. Der Vorstand entschied sich für letzteres. Maßgebend für diesen Entschluß war, daß für einen solchen Zweck keine Mittel des Verbandes zur Verfügung gestellt werden dürfen, solange keine Gewähr dafür vorhanden ist, daß die

statutarischen Leistungen durchgeführt werden können. Ferner wurde mit Recht angenommen, daß die zurückgebliebenen, in Arbeit befindlichen Kollegen die Pflicht haben, durch außerordentliche Opfer für die Familien derer zu sorgen, die für sie Blut und Leben lassen. Der Vorstand hat Quittungsmarken mit verschiedenem Nennwert mit der Bezeichnung „Hilfsfonds für Krieger“ ausgegeben und die Erwartung ausgesprochen, daß sich die erwerbstätigen Mitglieder je nach ihrem Einkommen an der Hilfsfähigkeit beteiligen. Diese Erwartung erfüllte sich in der Hauptsache nur für die Beamten des Verbandes, die sich die vorgeschlagenen Sätze von 10 bis 25 Prozent von ihrem Gehalt in Abzug bringen ließen. Der größere Teil der Mitglieder war nicht geneigt, sich durch bestimmte Summen zu binden. Dazu kam, daß in vielen Fabrikbetrieben von den Unternehmern Sammlungen zur Unterstützung der Kriegerfamilien eingeleitet wurden, womit die Kollegen dieser Betriebe für die Hilfsfähigkeit des Verbandes nicht in Betracht kamen; daß ferner in den ersten Kriegsmontaten eine große Arbeitslosigkeit eintrat, die viele Mitglieder in ihren Bannkreis zog und sie selbst unterstützungsbedürftig machte.

Trotz dieser hindernden Umstände sammelten sich in dem Kriegshilfsfonds des Verbandes ganz beträchtliche Summen. Nach der darüber vorliegenden Abrechnung vom 1. August 1914 bis 31. März 1915 betragen die örtlichen Einnahmen für den Kriegshilfsfonds 1309509,37 M., denen 1104090,50 M. Ausgaben für Unterstützungen gegenüberstehen. Außerdem sind vor Einführung der Monatsabrechnungen und an Einzelmitglieder 5221,65 M. zur Auszahlung gekommen. Von den Einnahmen entfallen auf Sammlungen 411930,64 M., aus dem Erlös von Marken stammen 340088,25 M. (davon von den Mitgliedern 258502,42 M., von den Angestellten 81585,83 M.). Aus Ortsklassen wurden dem Kriegshilfsfonds 552542,88 M. überwiesen, an sonstigen Einnahmen wurden 4947,60 M. gebucht. Einschließlich der Ueberweisungen aus dem Hauptfonds betragen die Einnahmen 1407226,52 M. Von den Verwaltungen wurden 153529,63 M. dem Hauptfonds überwiesen. Die örtlichen Einnahmen und die Ausgaben für Unterstützungen vom 1. August 1914 bis 31. März 1915 in den einzelnen Verbandsbezirken sind folgender Aufstellung zu entnehmen:

Bezirk	Einnahmen		Ausgaben	
	Örtliche Einnahmen (Sammlungen, Erlös aus Beitragsmarken, Ueberweisungen aus Ortsklassen, sonstige Einnahmen)	aus dem Hilfsfonds	für Unterstützungen	an dem Hauptfonds
1. Bezirk	46789,79	5376,—	49820,69	976,80
2. "	18369,15	7112,—	18981,50	5064,42
3. "	41353,52	1917,85	28781,40	2299,70
4. "	69590,70	14369,50	54566,65	23179,62
5. "	285103,96	14851,55	221971,91	81114,70
6. "	295939,50	11269,—	266981,15	14896,30
7. "	101945,27	12478,—	87891,36	21132,84
8. "	50118,23	11358,—	52954,29	6489,06
9. "	86704,44	15378,—	90737,61	4246,48
10. "	132032,44	3607,25	126993,94	6389,31
11. "	194427,37	—	95010,—	30000,—
Hauptbüro	7760,—	—	—	7760,—
Zusammen	1309509,37	97717,15	1104090,50	153529,63

Vergleiche über die Leistungen der einzelnen Bezirke sind nicht ohne weiteres zulässig, da für die Anbringung der Mittel und für die Ausgaben verschiedene Umstände in Rechnung zu stellen sind. Vor allem ist die Größe der Mitgliedschaft der Bezirke und die Zahl der in Arbeit stehenden Mitglieder der Bezirke von Einfluß auf die Sammlungen und auf den Erlös aus Beitragsmarken. Ferner ist die Hilfsfähigkeit des Verbandes durch die Sammlungen der Unter-nehmer beeinträchtigt worden. In einzelnen Bezirken war dies sehr zu spüren. Beeinträchtigt wurden die Zahlen auch durch mehr oder weniger große Ueberweisungen aus Ortsklassen. Im allgemeinen muß jedoch gesagt werden, daß in bestimmten Orten die Bereitwilligkeit der Mitglieder zu wünschen übrig ließ, obgleich in diesen Orten die Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen nicht ungünstig waren. Im Hinblick auf die Notlage, in der sich manche Familien unserer ausmachenden Kollegen befinden, ist zu wünschen, daß die Säumigen sich ihrer Pflicht erinnern und daß die, die seitdem ihr Scherlein willig gegeben, in ihrer Opferwilligkeit nicht erlahmen. Die Beiträge, die durch die Hilfsfähigkeit bis jetzt aufgebracht wurden, sind ganz nennenswert, und die 1,1 Million Mark, die bis zum 31. März dieses Jahres an Unterstützungen verausgabt wurden, haben sicher viele Tränen gestillt und manche Familie vor der äußersten Not bewahrt. Das muß auch weiter so bleiben. Die Unterstützung der Kriegerfamilien durch Staat und Gemeinden ist in manchen Fällen gering, eine Beihilfe tut diesen Familien dringend not. Ueber 230000 Kollegen sind zum Heer eingezogen, die große Mehrzahl davon steht in Feindesland, viele von ihnen haben Frau und Kinder zurücklassen müssen, die nicht wissen, ob der Gatte und Vater wieder zu ihnen zurückkommt. Wir wissen, daß es die Kollegen nicht leicht haben, wir wissen, daß die Lebenshaltung unheimlich teuer geworden ist. Trotzdem verlangen wir Opfer für die Familien derer, die dafür Sorge tragen, daß wir ungestört unserer Arbeit nachgehen, in Sicherheit schlafen können. Im Hinblick darauf muß jeder regelmäßig sein Teil dazu beitragen, um den Familien unserer Schützer zu helfen, keiner, der es irgendwie ermöglichen kann, darf zurückstehen.

Vom proletarischen Belgien von gestern.

Die übergroße Mehrheit der belgischen Arbeiterschaft war sehr schlecht bezahlt. Die Klasse Not trieb aus den flämischen Provinzen tagaus tagein an die 60000 Menschen in die Fabriken und Kohlenbergwerke der Wallonie und Nordfrankreichs. Das bedeutete für diese Leute, Franzosen geheißen, morgens und — nach einer zehn- und mehrstündigen Fron — abends eine Bahnfahrt von zwei, drei

und vier Stunden. In welchem Zustand von Ueberarbeitung und Ausmagerung die Franzosen bald fielen, welches Bild von Schmutz und Jammer morgens und abends die Arbeiterzüge darboten, ist schwer zu beschreiben. Der Lohn, den sie mit in das jeder einigermaßen annehmbaren Verdienstgelegenheit bare Dorf brachten, ließ sie ihr Elend weniger fühlen. Der neue Arbeitsplatz machte sie vom Dorfe unabhängig; das Geld im Beutel stärkte ihren Mut, sie getrauten sich nun mit dem kerikalen Dorfpascha ein offenes Wort zu reden; kurz die Franzosen brachten einen frischen, lebendigen, kampflustigen Geist in die häuerliche Stille. Die Einführung der billigen Arbeiterfahrarten hat für die flandrischen Provinzen, für ihre hoheliste, leicht dem Heimweh unterliegende Bevölkerung nicht weniger als den Beginn einer Revolution bedeutet.

Daß die große Masse der belgischen Arbeiter überaus schlecht entlohnt war, wurde schon gesagt. Möge es genügen, dies durch einige Beispiele zu erhärten. Für die große Mehrheit der Staatsbahnangestellten betrug der Durchschnittslohn bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit 2,05 bis 2,43 M. den Tag. Nach 20 oder 25 Dienstjahren kam der Lokomotivheizer auf nicht ganz 100 M., der Führer auf 130 M. den Monat. Aber diese Höchstätze waren seltene Ausnahmen. In der Industrie waren Stundenlöhne von 25 und 40 Cents (gleich 29 bis 33 S.) für halbgelehrte und gelehrte Leute keine Seltenheit. Selbstverständlich erhob sich in den Werkstätten, wo die Arbeiter gut organisiert und ein tüchtiger Handwerkerstamm unerlässlich war, der Lohn über den Durchschnittsatz. Bei den verhältnismäßig gut organisierten und hochbezahlten Kohlengräbern betrug im Jahre 1908 der durchschnittliche Tagelohn 3,80 M.; im gleichen Jahre in der Schmelzeindustrie 3,05 M. In Brüssel erhielten die Heimbäuerinnen für eine fast 14stündige Arbeitszeit 4,50 M. die Woche.

Der Hunger treibt den Wolf aus dem Wald; der schlechte Verdienst des Familienvaters treibt Frau und Kinder in die industrielle Tretmühle. Von Gesehes wegen wurde der Kinderausbeutung in Belgien ein nennenswertes Hindernis nicht bereitet. Die kerikale Regierung konnte nun zwar die Zerrüttung des Familienlebens und der Volksgesundheit durch die Frauen- und Kinderarbeit nicht bestreiten, aber als ein noch größeres Uebel betrachtete sie das Aufgehen ihres Grundgesetzes, die — Freiheit des Familienvaters zu wahren; diesem müsse es freistehen, seine Angehörigen arbeiten zu lassen oder nicht. Und da ist immer behauptet worden, die kerikale Regierung Belgiens sei erreaktionär! Diese Freiheitsliebe schlug dem kinderfleischfressenden Unternehmer sehr gut zu Buch. Immerhin, so etwas wie ein Kinderbeschutzgesetz ist geschaffen worden.

Durch das Gesetz vom Jahre 1906 wurde das Mindestalter der fabrikarbeitenden Kinder auf 12 Jahre festgesetzt. Unnötig zu sagen, daß dieser Kinderbeschutz, auch wenn er streng durchgeführt worden wäre, ganz unzureichend war. In den Bergwerken waren die letzten Jahre noch 7550 Kinder von 12 bis 14 Jahren beschäftigt, davon 2277 unter 7 Jahren. Von den im Bergbau tätigen Frauen — für die nur Ueberarbeit gestattet ist — sind 40 Hundertteile unter 16 Jahre alt. In den Glashütten arbeiteten die Kinder wechselweise Tag und Nacht, entweder von 6 Uhr morgens bis 5 Uhr abends oder von 6 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Eine Folge dieses Zustandes: Sieben Zehntel der belgischen Glasarbeiter können weder lesen noch schreiben. In einer Anzahl großer Unternehmen erhielten die Kinder neben Kost und Wohnung noch 8 M. bar den Monat, das heißt nicht die Kinder, sondern die Eltern bekamen dieses Geld, damit auch sie etwas von der Ausbeutung ihrer Kinder hatten. Am schlimmsten wurden die Kinder in den sogenannten Kirchenfabriken (Fabriques d'eglise) ausgebeutet, also in den als industrielle Unternehmer auftretenden Klöstern und ähnlichen Anstalten, die Spitzen, Korsetts, Gebetsbücher, Wefen usw. erzeugten. Hier konnte noch nicht einmal von der Beobachtung der durch Gesetz bestimmten Altersgrenze gesprochen werden, und hier wurde, wenn überhaupt, der Lohn nach Gutdünken festgesetzt.

Sozialgesetzgebung. Für die Beurteilung der Kulturhöhe eines Landes sind verschiedene Maßstäbe in Brauch; als den besten kann man wohl die Sozialgesetzgebung bezeichnen. Diesen Maßstab auf Belgien angewandt, ergibt ein wenig erfreuliches Ergebnis. Dem Drucke der Arbeiterpartei nachgebend, wurden vor einigen Jahrzehnten von der kerikalen Regierung Anläufe zur Sozialgesetzgebung gemacht. Einster Wille, etwas Wirksames zu schaffen, ist wohl nie dabei gewesen. Es wurden einige Schaugeetze geschaffen, Gesetze, woran neben der Ueberdrehung nicht mehr viel Schönes ist.

Das Jahr 1905 brachte ein Unfallgesetz. Es versprach dem bei der Berufstätigkeit Verletzten Arbeiter eine Entschädigung bis zur Hälfte des Lohnes. Dem Unternehmer wurde die Freiheit gelassen, seine Leute gegen Unfall zu versichern, wo es ihm beliebte. So tat er es bei Privatgesellschaften. Diese betrieben die Rentenversicherung grundsätzlich und berufsmäßig. So konnte es kommen, daß der verletzte Arbeiter nie sicher war, wieviel Entschädigung er erwarten durfte, gewiß war ihm nur, daß er sich sehr wahrscheinlich wegen der Entschädigung erst vor Gericht herumzuschlagen hatte.

Eine Altersversorgung wurde 1905 geschaffen. Ein schönes Wort, womit sich prächtig Klame für eine kerikale Regierung machen läßt. Bei schärferem Hinsehen entdeckt man, daß die Sache, die das schöne Wort bezeugt, recht winzig ist. Das sogenannte Altersversorgungsgesetz bewilligte bedürftigen, in Belgien wohnhaften Arbeitern, die bis zum 1. Januar 1901 65 Jahre alt geworden waren, aus staatlichen Mitteln eine Unterstützung von 65 Francs (gleich 59 M.) — im Jahre. Wer sich von den anderen jüngeren Arbeitern eine Altersunterstützung sichern wollte, der mußte sich einer Versicherungskasse (Caisse de retraite) anschließen, dann erhielt er einen jährlichen staatlichen Zuschuß von 60 Centimes für jeden bei einer solchen Kasse eingezahlten Franken, aber nicht für mehr als 15 Franken im Jahre.

Dem freiwillig Vorsorgenden die volle Hand* wurde damals als leitender Gedanke der Altersversorgung verlinket. Das läuft aber in der Wirklichkeit auf die Ausschließung aller derer hinaus, die am allerbedürftigsten sind, auf die Ausschließung der von der

Sand in den Mund lebender Proletarier, deren Lohn auch in ihren besten Jahren nicht zur Befriedigung der bescheidensten Bedürfnisse reicht. Unter dem Vorwand, allen Bedürftigen etwas geben zu wollen, gab die Regierung tatsächlich nur den Kleinbürgerlichen und gutgestellten Arbeiterfamilien, deren Zuneigung sie sich erkaufen oder gewinnen mochte, einen lärglichen Zuschuß aus Staatsmitteln und nannte diesen Altersversorgung. Von der fast zwei Millionen Köpfe zählenden, in Industrie und Handel tätigen Menge ist nicht einmal ein Viertel, zum Teil Kleinbürger und kleine Sparrer, einer Versicherungs-Kasse beigetreten. Für die große Mehrheit der eigentlichen Arbeiterschaft hatte das Gesetz keinerlei Vorteil.

Auch eine Fabrikinspektion bestand seit vielen Jahren. Die bitteren Klagen der Arbeiter, daß sie ihnen keinen Schutz gewährte, wollten nicht abnehmen. Kein Wunder. Selbst wenn sie wirklich als erster Schutz für die Arbeiter gedacht gewesen sein sollte, dann hätte sie wegen ihrer zahlenmäßigen Unzulänglichkeit ihre Aufgabe nicht erfüllen können. Was wollten 22, später 30 Inspektoren bedeuten für ein industrielles Land von dieser Größe mit über 10 000 Unternehmungen?

Geistiges Elend.

Die wirtschaftliche Lage der übergroßen Masse des belgischen Proletariats war schlimm, aber noch schlimmer war ihr geistiges Elend. Man ist gewöhnt, die geistige Rückständigkeit an der Zahl der Analphabeten zu messen. Obwohl die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen eines Landes nur ein rohes, unvollkommenes Bild von seinem Bildungsgrad gibt, sei sie hier betrachtet. Von den männlichen über 21 Jahre alten Einwohnern Belgiens konnten 25 vom Hundert weder lesen noch schreiben, von den weiblichen 23 vom Hundert. Das war der allgemeine Durchschnitt. Er erklärt noch eine mitunter betrübliche Steigerung, wenn bäuerliche oder industrielle Teile gesondert betrachtet werden. In den (bäuerlichen) Provinzen Flanderns wurde die Zahl der Analphabeten auf 40 vom Hundert, in der Allgemeinheit der Arbeiterschaft auf 35 vom Hundert geschätzt. In einer Vorstadt Brüssels, in Anderlecht, hatten von den 10 671 Kindern zwischen 6 und 12 Jahren 3200 gar keine oder fast keine Schule besucht. In der Hauptstadt selbst konnten von den 14 569 Personen, die sich im Jahre 1907 verheirateten, 1023 weder einen Buchstaben lesen noch schreiben. Unter 1000 belgischen Meistern befanden sich 101 Analphabeten (in England 37, Frankreich 47, Italien 329, Rußland 617, Deutschland 0,5).

Ein trostloser Stand der Dinge, der eigentlich nicht wundernehmen kann. Wer hätte bei den Proletariatskindern die Liebe zur Schule, das Streben nach Bildung, das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines geistigen Aufstieges wecken sollen? Der Staat, die Regierung? Diese war hierikal; sie trat mit allen Kräften für die Freiheit ein, ganz richtig, für die Freiheit des Familienvaters über seine Kinder; sie wollte für ihn das Recht gewahrt wissen, seine Kinder in dieser oder jener Schule oder gar nicht unterrichten zu lassen. Die liberale Regierung wußte natürlich sehr wohl, daß durch diese Freiheit leere Schulbänke, geistige Rückständigkeit und dadurch die Erhaltung ihrer Herrschaft verbürgt wurden. Auch von den Eltern konnte in vielen Fällen nichts für die Bildung erwartet werden. Gar oft waren sie ja selbst Analphabeten, hatten eine Schule nicht besucht, kein Verständnis für die Forderungen der Gegenwart, etwaige geistige Regungen waren im Kampfe ums liebe Brot untergegangen. Da ihre Eltern nicht gezwungen gewesen waren, ihre Kleinen in die Schule zu schicken, warum sollten sie es jetzt freiwillig tun und auf den Verdienst der Kinder verzichten?

Wie gesagt, geben die Zahlen von den Analphabeten nur ein unvollkommenes Bild von dem Bildungsgrad eines Volkes. Neben der Masse der des Lesens und Schreibens Unkundigen steht noch eine zahlreiche Klasse, deren Bildung nur in wenig, mehr als in dem Gebrauch der Buchstaben besteht. Die Kenntnis des Lesens und Schreibens ist eine der großen Bildungsvoraussetzungen, nicht die Bildung selbst.

Welche Schwierigkeiten eine Bewegung wie die sozialistische, die sich an den Verstand der unteren Volksschichten wenden muß, zu überwinden hat, läßt sich leicht denken. Nach japanischer Auffassung ist im Magen die Seele des Menschen. Dieser Ansicht scheint man auch in Belgien gewesen zu sein. Die belgische Arbeiterpartei verfuhr die unangehörige, gleichgültige Masse zu gewinnen mit dem geschriebenen und gesprochenen Wort, wo dieses versagte, mit Druckbogen. Da der Erfolg, wie leicht begreiflich, viel zu wünschen übrig ließ, versief man auf ein anderes Mittel: man ließ auf die schwer aufzunehmende Masse zweifelhafte, aus Weizenmehl verfertigte Bomben fallen, die Proze der sozialistischen Genossenschaft. Damit konnten nun zwar die Gleichgültigen nicht angezogen, wohl aber in die Genossenschaften gezogen, und damit an die Partei gefesselt werden. Welchen Erfolg dieses Werbemittel brachte, zeigte der wichtige Ausschlag der sozialistischen Genossenschaften und damit der der Arbeiterpartei. Der Bedarf an den Wagen erwies sich als erfolgreicher als der an den Verstand. Für Abertausende stellte der rote Druckbogen die erste Verbindung mit der Partei her. Einmal mit dieser verbunden, war die Möglichkeit geschaffen, die Seele für die Tätigkeit der Partei zu gewinnen, sie durch Unterricht, Sonntags-Unterhaltungen zu bilden, ihr die Folgen der Rückständigkeit, der planmäßig geforderten geistigen Rückständigkeit des arbeitenden Volkes durch die herrschende Macht allmählich zu befeigen. Und wenn in das düstere Dasein des belgischen Proletariats Hoffnungsstrahlen zu fallen begannen, wenn die unteren Volksschichten sich geistig zu regen anfingen, Bücher ins Haus brachten und die Schnapsflasche durchs Fenster warfen, so ist das in erster Linie der sozialistischen Bewegung zu verdanken.

Soll Marx' treffliches Wort heute bis auf unsere Tage Geltung haben, die Hölle für den Proletarier, das Paradies für den Kapitalisten mit Krieg überzogen. Wenn in diesem jenseitigen Strudel des proletarischen Belgien von gelbem Vollwurm und für immer unruhig und ein neues, besseres, liebteres an seine Stelle tritt, das belgische Proletariat hätte es wahrlich verdient.

Freig Nummer.

Aus der ober-schlesischen Hütten- und Metallindustrie.

Mit Beginn des Jahres 1914 wachte sich auch in der ober-schlesischen Hütten- und Metallindustrie die Krise bemerkbar. Infolge des Krieges, die nach Ende 1913 gut beschaffen waren, legten sich die Hüttenwerke ein. Besonders wurden die Hüttenwerke betroffen. Mit diesem Rückgang folgten auch die Lohnkürzungen für die Arbeiter. Bekanntlich ist der Jahreslohn des ober-schlesischen Hüttenarbeiters seit um 500 M geringer als der seiner schlesischen Kollegen. Mit Beginn des Krieges änderte es sich, wie oben schon ein weiterer Rückgang konnte nicht. Die Hüttenwerke und Eisenwerke von Arbeitern wurden zahlreicher. Das war jedoch nur vorübergehend, denn auch die ober-schlesische Metallindustrie wurde nicht mit Kriegsanforderungen befreit, so daß sich bald ein Arbeitermangel einstellte. Daher 10 000 Arbeiter aus Rußland. Diese kamen hier in Beschäftigung, deren Zahl mit jedem Tage noch zunahm. Die ober-schlesische Metallindustrie war wohl am günstigsten davon, die Löhne der eingezogenen Rußländer auszusparen.

In der Hütten- und Metallindustrie waren beschäftigt: im Jahre 1913 58 479 Arbeiter, 1914 58 786, 1914 52 893. Der Rückgang gegen 1913 beträgt demnach 5903, was nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als ungenügend bezeichnet werden kann, zumal da die Werke immer noch bemüht sind, mehr Arbeitskräfte zu bekommen und einzustellen.

Die nachfolgende Zahlen ergeben, verteilt sich die Zahl der Arbeitskräfte auf folgende Betriebsarten. Es waren Personen beschäftigt in den letzten zwei Jahren in der Abteilung:

Abteilung	Jahr	männliche		weibliche	zusammen
		über 16 Jahre	unter 16 Jahren		
Hochofenbetrieb	1913	4475	251	787	5483
	1914	4028	246	897	5106
	*	-452	-5	+80	-377

Eisen- u. Stahlgießereien	1913	3196	395	32	3623
	1914	2596	366	28	2990
	*	-600	-29	-4	-633

Fluß- und Schweißereizerg., Walzwerkbetr.	1913	17871	1194	581	19646
	1914	16198	1069	614	17871
	*	-1673	-125	+33	-1775

Verfeinerungsbetriebe	1913	14446	1893	763	16892
	1914	12974	1646	702	15322
	*	-1472	-247	-61	-1570

Ständeröfenhütten	1913	2402	101	372	2875
	1914	2056	121	357	2534
	*	-346	+20	-15	-341

Rohzinkhütten	1913	6872	344	1276	8492
	1914	6907	297	1204	7408
	*	-365	-47	-72	-1084

Zinnblechwalzwerke	1913	678	55	15	948
	1914	811	57	18	886
	*	-67	+2	+3	-62

Blei- und Silberhütten	1913	710	36	31	777
	1914	639	43	34	716
	*	-71	+7	+3	-61

Darüber ist die Zahl der Beschäftigten im Jahre 1914 gegen 1913 um 0,99 Prozent zurückgegangen, die jugendlichen und weiblichen Personen haben daran Teil mit 0,04 Prozent. Die Werte haben aber auch alles darangesetzt, die Leistungen der Arbeitskraft zu steigern. In vielen Betrieben ist man dazu übergegangen, die Zahl der Arbeiter bei der Bedienung von Ofen, Maschinen und Motoren zu verringern. So wurden in der Königs-Hütte im Ruhrgebiet die Mannschaften bei den Schmelzöfen von 7 auf 4 verringert. Aus dem Bericht des Berg- und Hüttenmännischen Vereins geht nur zu deutlich hervor, daß der Rückgang der Arbeiterzahl auf den ganzen maschinellen Betrieb nur von wenig oder gar keinem Einfluß war. In der Abteilung Hochofenbetrieb waren wie 1913 8 Koks-Hochöfenwerke im Betrieb. Von den 36 vorhandenen Koks-Hochöfen waren 1914 30 gegen 29 im Vorjahr im Betrieb, an Dampfmaschinen 118 mit 17 322 Pferdekraften gegen 97 mit 17 112 Pferdekraften im Vorjahr. An Gasmotoren waren 29 mit 28 400 Pferdekraften vorhanden gegen 32 mit 16 707 Pferdekraften im Jahre 1913. Außerdem 97 elektrische Motoren mit 1988 Pferdekraften gegen 125 mit 2574 Pferdekraften 1913.

Bezüglich wie im Hochofenbetrieb liegen die Verhältnisse in der Abteilung für Fluß- und Schweißereizerg., Walzwerkbetrieb. Es ist den Unternehmern glänzend gelungen, die Arbeitskraft aufs äußerste anzuspannen. Neben mir uns zu den Verdiensten der ober-schlesischen Metallarbeiter. Hier sehen wir die Mehrzahl dessen, was für die Unternehmener gilt. Es ist gesagt worden, daß mit Eintreten der Krise allgemeine Lohnkürzungen vorgenommen wurden, was mit Beginn des Krieges nicht nachließ, sondern noch stärker benutzt wurde, vielfach mit dem Hinweis, daß die Zurückgebliebenen noch sein sollen, Beschäftigung und Brot zu haben. Der Erfolg davon spiegelt sich am besten in den nachfolgenden Zahlen wieder. Der Jahresdurchschnittslohn betrug für den Arbeiter in der Abteilung:

Abteilung	Jahr	männliche Arbeiter		weibliche Arbeiter	zusammen
		über 16 Jahre	unter 16 Jahren		
Hochofenbetrieb	1913	1286,01	377,83	397,29	2061,13
	1914	1123,19	405,41	399,66	1928,26
	*	-162,82	+27,78	+2,56	-132,48
Eisen- und Stahlgießereien	1913	1108,42	361,93	323,59	1793,94
	1914	1115,81	334,36	338,64	1788,81
	*	+7,39	-27,57	+15,05	-5,13
Fluß- und Schweißereizerg., Walzwerkbetr.	1913	1202,60	417,90	384,90	2005,40
	1914	1122,30	442,70	396,80	1961,80
	*	-80,30	+24,80	+11,40	-64,10
Verfeinerungsbetriebe	1913	1145,88	361,80	429,57	1937,25
	1914	1125,99	410,90	430,65	1967,54
	*	-19,89	+49,10	+1,08	+29,29
Ständeröfenhütten	1913	1298,46	377,14	405,04	2080,64
	1914	1313,14	360,61	405,45	2079,20
	*	+14,68	-26,53	+1,08	-20,77
Rohzinkhütten	1913	1277,38	336,91	431,81	2046,10
	1914	1243,55	337,23	390,61	1971,39
	*	-23,83	+0,62	-41,20	-64,41
Zinnblechwalzwerke	1913	1190,43	537,96	329,78	2058,17
	1914	1052,93	455,68	446,61	1955,22
	*	-137,50	-82,28	+116,89	-102,89
Blei- und Silberhütten	1913	1054,22	346,94	442,58	1843,74
	1914	1062,59	332,58	476,55	1871,72
	*	+8,37	-14,36	+33,97	+27,98

Wie diese Zahlen ist der Jahresdurchschnittslohn der erwerbsfähigen Arbeiter über 16 Jahre in der Abteilung Hochofenbetrieb um 6,8, Fluß- und Schweißereizerg. um 6,7, Verfeinerungsbetriebe um 1,7, Rohzinkhütten um 2,3 und in den Zinnblechwalzwerken um 6,0 Prozent gegen das Jahr 1913 gesunken. Wenn man berücksichtigt, daß bis zum Ablauf dieser Zahlen 5 Kriegsmonate ins Land geschlagen und die Lebensmittelpreise bis dahin um 30 Prozent gestiegen sind, so trifft dieses Ergebnis von Durchschnittslohnen gerade die erwerbsfähigen Arbeiter, deren größte Zahl Familienhäupter sind, sehr hart. Die Erziehung der 22- bis 23-jährigen und weiblichen Personen in den einzelnen Abteilungen wird weniger auf die Erhaltung der Schulgebühren dieser Arbeiter zurückzuführen sein. Mit Beginn des Krieges waren die Werke besetzt, recht viel weibliche

und jugendliche Arbeitskräfte einzustellen. Der Umstand nun, daß den Werken gestattet wurde, diese Arbeitskräfte in Ueberstunden Sonntags- und Nachtarbeit zu beschäftigen, erklärt die Steigerung des Jahresdurchschnittslohns in einigen Abteilungen von selbst. Wir wissen, daß es im Geschäftsjahr 1913 in Oberschlesien Werke gegeben hat, die 20 Prozent Dividende verteilten. Und auch für 1914 ist in den Berichten zu lesen, daß die Bismarckhütte mit 12 Prozent Dividende für 1914 den Reigen beginnt. Der Geldwert der Erzeugnisse der ober-schlesischen Metallindustrie betrug im Jahre 1913 455 608 806 M gleich 7927,30 M auf einen Arbeiter. Im Jahre 1914 betrug er 382 702 265 M gleich 7243,80 M auf den Arbeiter. Der Rückgang der Ausbeutezahl auf einen Arbeiter ist weniger auf den schlechten Geschäftsgang der Industrie zurückzuführen. Die ober-schlesische Metallindustrie war vor dem Kriege für den jetzt herzustellenden Heeresbedarf sehr wenig eingerichtet und mußte maschinelle Einrichtungen treffen. Die hierzu verwendeten Arbeitskräfte sind in Verlusten bei jeder einzelnen Firma ausgegangen. Das Ergebnis dieser Neueinrichtungen wird aber für die Unternehmer im nächsten Rechnungsjahr nicht ausbleiben.

Der Geschäftsbericht des Berg- und Hüttenmännischen Vereins bleibt aber ein nie zu vergessener Denkmahl für die ober-schlesischen Hütten- und Metallarbeiter. Alle sozialen Körperschaften, auch die Militärverwaltung, waren befreit, die wirtschaftlichen Gegenstände zu mildern und den Arbeitern einen Lohn zu zahlen, der der ersten Zeit einigermaßen entsprach. In Oberschlesien ging es leider umgekehrt. Der Jahresdurchschnittslohn ist unter Zugrundelegung der gezahlten Jahreslohnsummen (1913 63 716 994 M und 1914 54 890 184 M) für alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von 1084,60 auf 1039,30 M gesunken. Danach kann jedermann leicht die Frage beantworten, ob das ober-schlesische Unternehmertum in dieser ersten Zeit gegen seine Arbeiter die vaterländische Pflicht erfüllt hat.

Die Hölle der Arbeiter.

Unter dieser Ueberschrift bringt der Vorwärts in seiner Nummer 145 vom 28. Mai 1915 folgende Zuschrift aus New York: Man redet hier in Amerika viel davon, daß nach dem Kriege die Europäer in Scharen nach den Vereinigten Staaten auswandern werden. Ob das eintreffen wird oder nicht, jedenfalls ist es am Platze, diejenigen Genossen in Europa, die Auswanderungsgelüste haben, schon jetzt vor diesem „Eldorado“ zu warnen. Man hat schon früher oft gegen die Auswanderung gewarnt, aber immer hat es noch Leute gegeben, die sich sagten: „Ach was, die da drüben schildern die Verhältnisse so grau, um sich die Konkurrenz vom Leibe zu halten und sich den Arbeitsmarkt nicht verderben zu lassen.“ Aber in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß an diesem Arbeitsmarkt nichts mehr verborgen werden kann.

Was den europäischen Arbeiter angeht, sind die hohen Löhne, die in gewissen Berufen in Amerika bezahlt werden. Gewiß sind die Löhne, die in gewissen gelehrten Berufen bezahlt werden, hoch, ob sie aber, gemessen an der verausgabten Arbeitskraft, der Arbeitsleistung und der Höhe der Kosten des Lebensunterhaltes hoch zu nennen sind, ist eine andere Frage. Viele Arbeiter in Amerika, die die doppelten und dreifachen Stundenlöhne ihrer Kollegen in Europa verdienen, sind froh, wenn sie sechs Monate im Jahre arbeiten können. Und wenn sie arbeiten, so ist dies eine furchtbare Sehnsucht, denn in keinem anderen Lande ist das Ausbeutungssystem in so teuflischer Weise ausgebildet worden. Jeder Handgriff ist berechnet, keine Sekunde darf der Arbeiter rasten. Wer da nicht eiserne Muskeln und stählerne Nerven mitbringt, um den ist es bald geschehen. Vor einiger Zeit kam zum Beispiel ein tüchtiger Genosse aus Europa hier an. Er war ein wahrer Künstler in seinem Fach, der gewohnt war, stets nur das Beste zu geben, was in ihm war. Nach langem Suchen fand er Arbeit in einem Betriebe, in dem das raffinierteste Ausbeutungssystem herrschte. Nachdem er einige Zeit, beständig übermüdet und angetrieben und den größten Schweiß produzierend, gearbeitet hatte, brach er zusammen. Jetzt ist er in einer Nervenklinik.

Die maßlose Hast, mit der gearbeitet wird, produziert natürlich Schund. Das kann man an allen Artikeln bemerken. Auch beim Lesen der amerikanischen Zeitungen fällt einem das gleich auf. Sie sind mit einer Nachlässigkeit gesetzt und korrigiert, deren sich der Profanwörter Anzeiger schämen würde. In den vornehmsten Blättern New Yorks findet man täglich in jeder Spalte buchstäblich Dutzende von Druckfehlern, die einem das Lesen schließlich verleidet. Der Amerikaner läßt sich den Schund ruhig gefallen; er ist daran gewöhnt. Amerikanische Kapitalisten klagen beständig darüber, daß sie mit den Europäern nicht konkurrieren können. Wenn man sich die elenden Massenartikel anschaut, die hier auf den Markt geworfen werden, kann man es verstehen, weshalb zum Beispiel die Südamerikaner lieber deutsche oder englische Erzeugnisse kaufen.

Uebrigens werden die hohen Stück- und Stundenlöhne nur von der Aristokratie der Arbeiterschaft verdient. Die minder qualifizierten und unqualifizierten Arbeiter verdienen kaum genug zum Leben. Ihr Wochenlohn mag zwischen 10 und 12 Dollar betragen, und 9 oder 10 Dollar ist etwa die Summe, die ein lediger Arbeiter oder eine ledige Arbeiterin haben muß, um eine Woche dahinvegetieren zu können. Der Lebensunterhalt ist furchtbar teuer. Für ein Brot, das 12 Unzen oder etwa 1/2 Pfund wiegt, zahlt man 5 Cents (20 S.). Dasselbe Brot, das aus demselben amerikanischen Korn hergestellt ist, kostet heute in England, wo man sich über die hohen Brotpreise bitter beklagt, nicht mehr als 12 S. Ein Liter Milch kostet 35 S. Frische Butter kostet 1,60 M für 450 Gramm. Das Fleisch ist heute bedeutend teurer als in Europa. Für eine anständige Arbeiterwohnung zahlt man in der Umgegend New Yorks 16 Dollar den Monat (67 M). Vielfach sind es Holzhäuser, in denen man wohnen muß. In der nächsten Nähe von New York gibt es noch viele Häuser, die Garzentillets ohne Wasserpflung haben. Dazu kommt die Fahrt nach dem Arbeitsplatz, die täglich mindestens 10 Cents (40 S.) verfrachtet. Läßt sich der Arbeiter beim Schneider einen einigermaßen anständigen Anzug machen, so muß er mindestens 20 Dollar (84 M) anlegen. Hat er dann noch von seinem hohen Lohne etwas übrig und will er sich einmal eine Zigarre leisten, so muß er für das minderwertigste Raub 20 S. anlegen. Er ist den Lufts für alles, was er kauft, tributpflichtig. Selbst wenn er sich begraben lassen will, kommt er an dem Sargträger nicht vorbei.

Dabei bestehen nur Sturen von einer Sozialgesetzgebung. Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung gibt es überhaupt nicht. In State New York hat man jetzt seit kurzem ein Arbeiterunfallversicherungsgesetz. Das ist aber auch alles. Und es besteht auch keine Aussicht, daß in nächster Zeit etwas zur Hebung der Arbeiterklasse getan wird. Das Haupthindernis ist die berühmte freie-ländliche Verfassung, ein raffiniert ausgeglichenes Machwerk, das wie kann eine andere Konstitution in der Welt die Interessen der Wohlhabenden wahrnimmt und den Aufstieg des Volkes verhindert. Selbst wenn es einmal gelingt, ein volkstümliches Gesetz durch das Repräsentantenhaus und den Senat zu preisen, können die hohen Richter das Gesetz jederzeit noch als verfassungswidrig erklären, und damit fällt die ganze Arbeit zu Boden. Der Schwindel ist nur dadurch aufrecht zu erhalten, daß man dem Volke von früherer Jugend an einpaukt, daß die Verfassung der Union die vollkommenste sei, die das menschliche Hirn je ausgedacht habe. Und die Mehrheit der

Schnabel recht weit aufgemacht haben, während der Presse die Erörterung des Gegenstandes von der Zensur nach wie vor unterlag ist. Vermeiden ließ sie sich auch deshalb nicht, weil die Sozialdemokratie das Bedürfnis empfand, den starken Friedenswunsch des deutschen Volkes und seiner Sehnsucht nach späterer friedlicher Verständigung mit anderen Nationen zum Ausdruck zu bringen. Das geschieht nicht aus dem Gefühl der Schwäche, sondern aus dem der Stärke heraus. Das feierliche und warmherzige Bekenntnis zu der Politik vom 4. August, das heißt zum standhaften Durchhalten, das namens der ganz überwiegenden Mehrheit der Reichstagsfraktion der sozialdemokratische Redner Ebert ablegte, fand ein lebhaftes Echo auf allen Seiten des Hauses. Aber seine ebenfalls schon in der Erklärung vom 4. August enthaltene Ablehnung jeder Eroberungspolitik und viel mehr noch die nachdrücklich erhobene Forderung voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung für alle auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens löste den Zorn der Konservativen aus, deren Redner, Graf Westarp, sich mit der ihm eigenen Laßlosigkeit dabei in der Form derart vergriff, daß er sich eine derbe Abfuhr vom national-liberalen Schiffer holte, einem Redner, der in der Frage der Erwerbung eroberter Länder ihm übrigens sehr nahesteht.

Zu erwähnen ist, daß sich Scheidemann ein Verdienst durch eine sehr eingehende Kritik an den zum Teil abenteuerlichen Taten der Zensur erworb. Ueber Kriegswirtschaftsfragen, bei denen auch vieles gestreift wurde, das für uns Gewerkschafter von besonderer Wichtigkeit ist, ließen sich Sache und Wurm aus, indem sie beide die Sorge für die richtigen ökonomischen und sozialpolitischen Grundlagen einer siegreichen Kriegsführung zum Ausgangspunkt ihrer Darlegungen machten. Weit entfernt, das, was an sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen von der Regierung und anderen Körperschaften bisher geleistet worden ist, zu verfeinern, kamen doch beide Redner zu dem Schluß, daß viel mehr hätte geschehen müssen, das vieles, was geschehen ist, zu spät gemacht wurde. Es ist einmal so: die wirtschaftliche Klüftung auf dem Krieg kann der militärischen nicht das Wasser reichen. Uns hat ein sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Generalklub gefehlt. Man hat unvorbereitet gehandelt, wo man nach sorgfältigen Vorbereitungen planmäßig hätte arbeiten müssen, man hat sich mit halben Maßnahmen begnügt, wo der eiserne Griff einer festen Hand nötig gewesen wäre. Unberechtigte Rücksichten auf kapitalistische Zwecke haben oftmals die besten Absichten zu Schanden werden lassen, und besonders Schaden hat der Widerstreit der verschiedenen Abteilungen gestiftet. Wir alle hoffen, daß uns die schwere Prüfung eines neuen Krieges erspart bleiben möge. Aber doch wird man die kommende Zeit des Friedens nützen müssen, um gerade auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine andere Klüftung für unser Volk zu schaffen, als wir sie bisher gehabt haben.

Der Reichstag hat sich bis zum 10. August vertagt.

Nachträge aus Kemscheid in — Paris.

Die Humanität vom 25. Mai 1915 bringt mit stichlichem Verlagen folgendes:

„Die Kemscheider Metallarbeiter gegen die Mehrheit. Die Anforderungen der Regierung können doch nicht die Opposition ersticken. Dies sieht man mit jedem Tage klarer. Nichts ist charakteristischer in dieser Hinsicht als die Strömungen in verschiedenen Gewerkschaften, deren Leitungen fast ohne Ausnahme zur Mehrheit gehören. Es ist von unten, woher die Protestationen kommen. Eine große Ortsgruppe des Metallarbeiter-Verbandes, die von Kemscheid, hat eine Entschlüsselung angenommen, in die der energischste Weise die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung verurteilt, deren Geist vollständig majoritär ist. Andere Ortsgruppen desselben Verbandes haben bereits ähnliche Entschlüsselungen angenommen und man kann deshalb interessante Diskussionen auf der Generalversammlung der Metallarbeiter erwarten, die nächsten in Berlin stattfindet. Romo.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die Kemscheider Kollegen, die am 18. April den Beschluß gegen die Metallarbeiter-Zeitung faßten, auf diesen Nachtrag in Paris stolz sein werden. Man sieht aber, wie leicht es heute ist, im Ausland Anerkennung zu ernten.

Ein Unternehmerrats für Eisenbahnen.

Die Bergwerks-Zeitung schreibt in Nummer 113 vom 16. Mai:

„Wenn das Bund Sped 150 M kostet, so soll in einer Arbeiterfamilie der Ausgleich nicht ausschließlich dadurch herbeigeführt werden, daß die Frau die Stühle kleiner schneidet — obgleich wir uns ja alle einschränken müssen —, denn das hat schließlich ein Ende, und wir müssen unsere Bevölkerung unter allen Umständen kräftig und gesund erhalten; es muß vielmehr ernstlich danach getrachtet werden, die Einnahmen zu erhöhen. Das die Arbeit teurer wird, wenn der Preis aller übrigen Dinge in die Höhe geht, ist selbstverständlich. Die Privatindustrie im Kohlenbergbau hat sich dieser Notwendigkeit aber keineswegs verschlossen. Die Lohnstatistik zeigt, daß sie schon in den letzten Monaten des Vorjahres der allgemeinen Bewegung gefolgt ist und die bald zu erwartende Aufhebung für das erste Vierteljahr 1915 wird zeigen, daß die Löhne noch anhaltend steigen. So kann man sie natürlich nicht steigen, daß sie die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ganz ausgleichen, denn unter diesen haben alle zu leiden und jeder muß sein Teil tragen. Aber eine angemessene Steigerung ist gerechtfertigt, und wenn die Statistik zeigen sollte, daß eine solche noch nicht eingetreten ist, dann muß nachgeholfen werden.“

Zu Anschluß daran weist die Bergwerks-Zeitung (Nr. 22) nach, daß die Erhöhung der Löhne im Bergbau durchaus nicht so allgemein ist, wie man nach der Bergwerks-Zeitung annehmen sollte. In anderen Bezirken wird sich das Gegenteil feststellen lassen.

Kriegsgericht oder Gewerbegericht zulässig?

Unter dieser Ueberschrift brachte das Kölleche Volksblatt am 27. Mai folgendes:

„Ein eigenartiger Vorfall, der wohl bis jetzt noch kein deutsches Kriegsgericht beschäftigt haben dürfte, fand vor dem Kriegsgericht der Landwehrbrigade in Halle zur Verhandlung an. Der Fall dürfte geeignet sein, die Aufmerksamkeit weitesther zu ziehen, da es sich hier um eine überaus wichtige Frage von prinzipieller Bedeutung handelt, die vielleicht das Parlament beschäftigen dürfte. Der Angeklagte war ein Arbeiter aus Halle, der als Soldat in einer Artilleriebrigade eingesetzt wurde, mit auf dem Rückwege gemeldet und erkrankte, daß der Lagerarzt 4 M beitrage, außerdem wurde das halbe Eisen gelöst. Der 10. Mann aus Halle, der die Hälfte der Summe vergütet und außerdem die Minderzahl bezahlt werden. Daraufhin ging J. nach Halle, wo er bei der Festungsbesatzung verweilte, bis J. glaubte, wie wohl jeder annehmen muß, daß er in demselben Verhältnisse Arbeiterverhältnis zum Militärstand habe, wie ja jedem Privatunternehmer, da er ja wieder ein eingezogener noch keineswegs zum Heere gegangener Arbeiterstand war, die notwendig werden und als Militärperson gelten. J. wurde auch nicht verurteilt, sondern nur einer Arbeitskolonne zugewiesen. Doch es sollte anders, als er annehmen konnte. Für seine Frau, von der er seit fünf Jahren getrennt lebt, wurden 10 M wöchentlich abgezogen, wogegen er protestierte. Es wurde ihm aber erklärt, daß das die Pflicht sei. J. will hiervon gekündigt haben, und es soll ihm erklärt werden, daß er dann, trotzdem er schon 10 Wochen da war, für sein eigenes Geld sorgen müsse. J. hat dann wirklich am nächsten Tage zum Heere, wurde aber verweigert, und wegen unzureichender Unterstützung nur der Truppe vor Gericht gestellt. Zu seiner Entlassung nahm das Gericht dann an, daß J. auf längere Zeit eingezogen worden sei, da er Lagerarzt erhielt. Er hätte sich deshalb nur auf einen Tag entziehen und erhielt drei Wochen Militärarrest, die durch die 53 Tage Unterstützungslust für verurteilt erklärt wurden.“

Gewerkschaftliches.

Kupferschmiede. Der Vorstand des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands veröffentlicht in Nummer 16 des Verbandsblattes den Monatsberichtsbericht über das 29. Geschäftsjahr. Danach begann das vorige Jahr mit einer ungünstigen Geschäftslage, die viele Mitglieder zur Arbeitslosigkeit zwang. Im Verlauf des ersten Drittels hob das Geschäft sich, besonders in den Sechstädten, wo ein großer Teil der Arbeitslosen im Schiffbau beschäftigt fand. Am Ende des zweiten Vierteljahres hatte die Zahl der Arbeitslosen wieder ihren gewöhnlichen Stand erreicht. Auch hatte die Zahl der Mitglieder sich um 170 vermehrt und war auf 5507 gestiegen, die höchste Mitgliederzahl, die der Verband je erreicht hat. Auch im Juli dauerte die günstige Entwicklung noch an. Dann aber machte der Ausbruch des Krieges allen Hoffnungen ein Ende. Eine große Arbeitslosigkeit setzte ein und manches Mitglied behielt zwar Arbeit, mußte aber in verlängerter Arbeitszeit arbeiten. Der Bericht sagt darüber: „Zwar hat bisher bedauerliche, niederdrückende Zustände nicht lange vorgehalten, aber selbst die kurze Zeit der eintretenden Angstperiode genügte vollständig, um zu zeigen, daß ein großer Teil unserer Unternehmer keineswegs gegenüber außergewöhnlichen Vorkommnissen die Ruhe bewahrt und auch Ueberraschungen gegenüber gemacht war.“ Infolge der vielen und großen Aufträge für den Heeresbedarf verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen jedoch bald wieder und die Nachfrage nach Kupferschmiedemännern stieg so sehr, daß Betriebe selbst in der Weise in Arbeit nahmen, die früher nicht einmal Arbeiter über 40 Jahre haben wollten. Infolgedessen hat der Vorstand keine besonderen Vorkehrungen treffen müssen, um das Verbandsvermögen zu schonen. Zur Unterstützung der Kriegerfamilien sammelte der Verband ebenfalls freiwillige Beiträge. Zur Bestreitung der ersten Ausgaben vor den auf diese Weise eingehenden Geldern stellte der Vorstand 10 000 M zur Verfügung. In den ersten fünf Monaten wurden für den genannten Zweck 43 316 M ausgegeben. Von diesen gingen 39 368,16 M durch die Sammlungen ein. Den Selbstbetrag deckte die Hauptkassa. Die Frauen der Kriegsteilnehmer erhielten 9 M wöchentlich, jedes Kind bis zum Alter von 15 Jahren 2 M. (Vom Februar 1915 an mußten die Säuge für die Frauen um ein Drittel, für die Kinder um ein Viertel herabgesetzt werden.) Die Mitgliederzahl betrug bei Beginn des Jahres 5337, sie stieg, wie schon erwähnt, am Ende des zweiten Vierteljahres auf 5507 und fiel bis zum Ende des Jahres auf 3750. 1851 Mitglieder waren zum Kriegsdienst einberufen. Gestorben waren 37. Ferner gibt der Bericht an anderer Stelle noch an, daß 592 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. In Nordenham wurde eine neue Verwaltungstelle gegründet; in Wismar und Kleinritz wurden die Verwaltungstellen aufgelöst. Damit ging deren Zahl zurück auf 102. Während der ersten 7 Monate fanden in 12 Orten 13 Lohnbewegungen statt, die sich auf 33 Betriebe mit 377 Beschäftigten erstreckten, von denen sich 294 beteiligten. Ohne Arbeitseinstellung konnten erledigt werden 9 Bewegungen an 8 Orten mit 299 Beschäftigten und 250 Beteiligten. 4 Bewegungen in 4 Orten mit 78 Beschäftigten und 44 Verbandsmitgliedern führten zur Arbeitseinstellung. 6 Bewegungen mit 156 Beteiligten waren erfolgreich, 4 mit 92 Beteiligten teilweise erfolgreich und 3 mit 46 Beteiligten erfolglos. Die Gesamtausgaben für die Bewegungen betrugen 10 525 M, die Verluste der Beteiligten 2884 Arbeitstage und 20 516 M Lohnausfall. Von den Bewegungen mit Arbeitseinstellung waren 2 Angriffstreiks mit 14 Beschäftigten und 5 tätigen Personen, 1 Abwehrstreik mit 48 Beschäftigten und 14 beteiligten Personen und 1 Ausparierung mit 16 Beschäftigten und beteiligten Personen. 5 Lärme wurden neu abgeschlossen oder erneuert. Sie erstreckten sich auf 23 Betriebe mit 63 Verbandsmitgliedern. Die Gesamteinnahme betrug 150 288,16 M (1915 176 416,87), die Gesamtausgabe 136 278,47 M (1914 397,71). 1913 waren die Ausgaben infolge des Bestärkerstreiks besonders hoch. Die regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben verringerten sich um 19 288,20 M, während die Einnahmen 26 148 M zurückgingen. Die Ausgaben betrugen für Reiseunterstützung 7360,23 M (13 090,50), Arbeitsunterstützung 26 329,75 M (29 288,15), Ständenunterstützung 29 441,25 M (29 930,70). Dazu bemerkt der Bericht: „... mithin nur 449,45 M weniger im Jahre 1914, obwohl die Mitgliederzahl vom achten Monat ab im Berichtsquartal um minderbis zum vierten Teil und vom zehnten Monat sogar um den dritten Teil zurückgegangen war. Auch dieser Jahresbericht bestätigt wie alle früheren, solange dieser Unterhaltungsbeitrag eingeführt ist, daß alle diese Ausgaben in ständigem Steigen begriffen sind, beidem es keinen Halt gibt, wenn nicht die gesamte Basis dieser Unterhaltungsunterstützung eine einschneidende Veränderung erfährt. Auch in keinem Jahresbericht ist diese Tatsache so auffallend in die Erscheinung getreten wie gerade jetzt im Berichtsjahre.“ Ferner wurden ausgegeben für Streiks 6282,43 M (48 069,60), Gemagazette 388,64 M (422,67), Invaliden 786 M (908,33), Umzugsunterstützung 1039,50 M (1466,75). Das Vermögen des Verbandes nahm um 13 989,69 M zu.

Gelbe Kriegszugung. Mitte Mai hat, wie jetzt bekannt wird, in aller Stille in Berlin die Jahresstagung des „Nationalen Arbeiter- und Berufsverbands Deutschlands“ stattgefunden. Dem recht kühnen Bericht, der über diese Tagung in gelben Werkzeugschriften erschienen ist, entnehmen wir, daß die Eröffnungsrede von Herrn General v. Loebell begrüßt wurde. Die gelben Führer Geuer, Prodnaw und Wjckrowski waren in selbstgekauften Uniformen erschienen; sie waren für die Tagung besonders beauftragt worden. Im Mai 1914 haben die Gelben in ihren Reihen 29 000 Mitglieder gezählt, von denen jetzt über ein Drittel im Gelbe steht. An der internationalen Ausstellung für Fußgewerbe und Graphik in Leipzig konnte sich der Hauptausgeber mit 18 eigenen Zeitungen seiner Bewegung beteiligen. Kupp beauftragte in seinem Bericht das Vorgehen der Kampforganisationen auf sozialpolitischem Gebiet während der Kriegszeit. Er kam dabei auf die Stellung der Gewerkschaften zum Arbeitsnachweiswesen, zur gemeindlichen Arbeitslosenversicherung, zu den Einigungsämtern im Vergleich, zu der Aufhebung der Vereinigungsbeschränkungen der landwirtschaftlichen und handlichen Arbeiter, zur Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, zur Anerkennung der unabhängigen Berufsvereine als gegebene Vertretung der Arbeiterklassen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu den Behörden und der Regierung zu sprechen und erläuterte den Standpunkt der wirtschaftsniedrigen Arbeiterbewegung zu diesen Fragen. Oeffentliche Mitteilungen über diese Verhandlungen verheben sich im Zeichen des Burgfriedens von selbst. Auch mit der Lenkung beauftragten sich die Gelben. Es ist sehr bemerkenswert, daß die gelben Organisationen es ablehnen, ihre Stellungnahme zu den sozialpolitischen Maßnahmen während und nach dem Kriege vor aller Oeffentlichkeit festzusetzen. Oeffentliche Mitteilungen hierüber verbieten sich im Zeichen des Burgfriedens!! Hat man Forderungen aufgestellt, die die Unternehmung arglos launet? Das ist nicht anzunehmen. Nach dieser Richtung ist keine Stimmung des Burgfriedens zu erwarten, aber im jetzigen Verlauf der Verhandlungen wurde ausgesprochen, daß die gelben Berufsvereine es ablehnen, „auf sozialen Gebieten in ein Vernehmen mit den Gewerkschaften einzutreten“. Das ist deutlich genug. Was die Gewerkschaften verlangen auf sozialen Gebieten, sind Gemeinnützige oder Organisationen in Deutschland, die an dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung für die Arbeiter arbeiten. Das gemeinsame Handeln der Gewerkschaften aller Stützungen, die Umwälzung der Forderungen durch weite bürgerliche Kreise, durch bürgerliche Sozialpolitiker, Volkswirtschaftler und Parteien und schließlich auch die noch weniger Seite hin gemachten Zugeständnisse und Anerkennung der Regierungen zeigen uns, daß es sich um Verhandlungen handelt, die des „Angriffstreikers“, wie die Gelben so gerne sagen, entbehren. Es handelt sich einfach um notwendige Maßnahmen und soweit sie schon zur Durchführung gelangt sind, hat sich die Segen für die Arbeiter und ihre Familien genügend gezeigt. Da erwarren wir die Arbeitslosenunterstützung durch Staat, Gewerkschaften und Gewerkschaften. Dennoch, die Gelben lehnen das „Vernehmen“ mit den Arbeiterorganisationen ab; was sie bisher gelernt haben, kann man in ihrer Presse nachlesen, wo in allen den genannten Fragen ein geschäftiger Artikel gegen die Gewerkschaften und

ihre Forderungen den andern ablöste. Trüß des Burgfriedens! Hier haben sich die Gelben um diesen Punkt geteilt, wie er in Schachmattkreisen zur sozialen Gesetzgebung zu Hause ist. Die gelbe Bewegung sieht uns also nicht einmal vor, wenn sie über die Neben und Beschlüsse in Berlin schweigt. Denn der Friede da sein wird und die Arbeiter von den Schachmattkreisen heimkehren, werden wir ihnen an der Hand von Latzkanen zeigen, wie ihre Sache von den gelben Verbänden vertreten worden ist. Was diese dann dabei ernten, darüber bestehen bei uns keine Zweifel.

Vom Ausland.

Ungarn.

In Ungarn herrscht der Gebrauch, daß die Unternehmer, die Aufträge der Heeresverwaltung erhalten haben, ihre Betriebe unter die Aufsicht der Heeresbehörde stellen. Diese beabsichtigt damit, den Betrieb vor Störungen zu sichern; die Unternehmer aber mißbrauchen die Maßnahmen, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Will ein Arbeiter sich Lohnkürzungen usw. nicht gefallen lassen und nimmt er deswegen seine Entlassung, so wird er durch Soldaten zwangsweise zur Arbeit zurückgeholt. Auch kommt es vor, daß Arbeiter ins Gefängnis geworfen werden. Das Verbandsblatt des Zentralverbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns hat schon wiederholt von solchen Maßnahmen berichtet. Der Verbandsvorstand hat deswegen schon früher an das Sonderministerium eine Denkschrift gerichtet, die aber ohne Erfolg blieb. Als die Zustände aber noch schlimmer wurden, richtete der Vorstand eine zweite Eingabe ans Ministerium. Diese wird in Nummer 12 des Verbandsblattes vom 27. Mai im Wortlaut veröffentlicht. Sie weist zunächst auf den glänzenden Verdienst hin, den die Unternehmer aus den Heereslieferungen erzielen. Trosthem erniedrigen viele Unternehmer die Löhne im Widerspruch mit einer vom Ministerium erlassenen Verordnung. Die Eingabe führt sieben größere Unternehmungen mit Namen an, wo dies geschieht und fügt Beispiele hinzu. Von diesen seien hier nur folgende erwähnt:

Die Firma Langfelder in Budapest zahlte zwei Arbeitern, die ihr aus anderen Betrieben zwangsweise zugeführt worden waren, nur je 50 Heller Stundenlohn, obgleich die beiden bei ihren früheren Unternehmungen 80 Heller und 1 Krone erhalten hatten. Andere Arbeiter erhielten wesentlich niedrigere Löhne ausbezahlt, als die Firma bei der Einstellung zugesichert hatte. Als einer der Arbeiter seinen verprochenen Lohn verlangte, wurde er eingesperrt. Bei der Schicht-Richolson-M.G. gab es vor dem Kriege für eine Sorte Kleinenscheiben 5 Kronen für das Stück; jetzt werden für vier Stück im ganzen 9 Kronen verrechnet. In der Ungarischen Magnetenfabrik machten die Forner Gratanten für einen Tagelohn von 7 Kronen. Dann sollten sie diese für 10 Heller das Stück im Accord machen, mit der Aufgabe, täglich 60 Stück anzufertigen. Als die Arbeiter nun auf den Verdienstausfall hinwiesen, drohte der Direktor vor dem Fabrikkommandanten (Offizier) ihnen mit Freiheitsstrafen. In der Ersten Loschoner Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik verüßte der als Fabrikkommandant waltende Oberleutnant beschwerdeführenden Arbeitern, daß er alle, die es wagen, über das Vorgehen der Fabrikdirektion zu klagen, einsperren und „ausbinden“ lassen werde. In der Magharovázer Munitionsfabrik beträgt der Durchschnittsverdienst 26 bis 32 Heller die Stunde. Ereignisse der letzten Zeit, daß ein Arbeiter im Accord in 14 Tagen bei 16stündiger Arbeitszeit 70 Kronen verdient, so erhält er nur 60 ausbezahlt. Ferner geschieht es nicht selten, daß Unternehmer die Entlohnung der Arbeiter über die Behandlung, die die Strafen. Von diesen führt die Eingabe nur einige der schlimmsten Fälle an. Es wurden Arbeiter ins Gefängnis gesteckt, nur weil sie gewagt hatten, sich zu beschweren. Auch von Verschärfung des Gefängnisses durch Festsitzen, Krümmstößen und Ausbinden ist die Rede. Die Eingabe weist darauf hin, daß auch schon früher die Lage der Arbeiter in Ungarn und in Oesterreich bedeutend besser gewesen ist als in Ungarn. Auch verweist sie auf die in Frage kommenden Verordnungen der Heeresverwaltung in den beiden andern Ländern. Der Erlaß des ungarischen Ministeriums, daß die vorhandenen Arbeitsbedingungen nicht verschlimmert werden sollten, könne selbst dann, wenn man ihn durchführen wollte, keinen Schutz bieten. Ein großer Teil der Arbeiter verrichte Arbeit, auf die die Unternehmer ihren Betrieb erst während des Betriebes einrichteten. Mithin kämen bei diesen Arbeiter alte Arbeitsbedingungen überhaupt nicht in Betracht. Der Vorstand ersucht darum das Ministerium, die Unternehmer zu zwingen, anständige Löhne zu zahlen. Streitigkeiten solle eine Kommission schlichten, die aus Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften besteht mit einer Militärperson als Vorsitzenden. Ferner sollen die Heereslieferanten verpflichtet werden, Akordzettel auszugeben, in denen die Preise vermerkt sind. Sodann ersucht der Vorstand um strenge Anweisung, die Heeresarbeit entsprechend zu bezahlen. Auch sollen die Arbeiter bei Betriebsstörungen Schadlos gehalten werden. Weiter solle der Arbeiter seine Entlassung nehmen dürfen und die erwähnte Kommission solle schließlich entscheiden, ob er dazu berechtigt gewesen sei. Die Militärbehörde solle die Strafen nicht lediglich auf Grund der Angaben von Unternehmer verhängen, ohne daß die Arbeiter auch nur gehört werden. Die Fabrikkommandanten müßten schärfer beauftragt werden und die Arbeiter müßten Gelegenheit erhalten, Klagen über sie vorzubringen. Die Eingabe schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Minister der ungarischen Arbeiterschaft denselben Schutz bieten werde, welchen die Regierungen Deutschlands und Oesterreichs den Arbeitern im Deutschen Reich und in Oesterreich zuteil werden ließen.“

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**
- Montag, 21. Juni: **Münchberg** (Kunst-, Bau- u. Konstruktions-Ingenieure), Verbandsgebäude, 8.
- Samstag, 26. Juni: **Dresden**, (Geizungsmont.) Volkshaus, kleiner Saal, halb 9 Uhr.
- Donnerstag, 17. Juni: **Samburg-Altona-Harb.** (Fellenarbeiter.) Baule, Gde. Kuhlhöfen und Neustädter Straße, 8 Uhr.
- Freitag, 18. Juni: **Sonnabder** (Mechaniker), Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
- Samstag, 19. Juni: **Apolda**, Sonnabts, halb 9 Uhr.
- Bautzen**, Deutsches Haus, halb 9.
- Röthen**, Goldener Engel, halb 9.
- Werdau-Schiffbau**, Mügler, 9.
- Oberdorf**, Alter Schützenhof, halb 9.
- Reichenfeld**, Volkshaus, halb 9 Uhr.
- Sonntag, 20. Juni: **Werdau** (Schiffbau), Kasino halb 5.
- Montag, 21. Juni: **Dresden** (Elektrikmont.), Samstag, 26. Juni, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.
- Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.**
- Darmen-Elsersfeld**, Die Geschäftsräume sind nur vormittags von 10^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr geöffnet, außerdem Freitag von 7 bis 8 Uhr abends. Reizegeld nur vormittags.

Sonstige Anzeigen.

- Gesucht auf sofort mehrere (2551) **Maschinenbauer u. Schleifer** **Wachseisenfabrik, Geseckmünde.**
-) **Richtige Schlosser, Schmiede u. Eisenreder** bei hohem Lohn für **Wagenfabrik** im Rheinland sucht **Waggon- u. Fuhrwerkmaschinen** für Waggon- und Fuhrwerkmaschinen bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung. **Düsseldorf** **Waggon- u. Fuhrwerkfabrik, G. Schmitt & Comp., G. m. b. H., Düsseldorf.**
- Onkel und Verlag von Alexander Schliche & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.**